

# Bericht an den Gemeinderat

Bearbeiterin: Mag.<sup>a</sup> Ulrike Temmer

GZ: A 8 – 18561/06 – 114

Betreff: Kunsthaus Graz GmbH;

Richtlinien für die Generalversammlung betr.

- Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und
- Genehmigung Jahresvoranschlag 2022 und Kenntnisnahme der Mehrjahresplanung 2022-2026

Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz

gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967;

Ausschuss für Finanzen,  
 Beteiligungen und Immobilien

BerichterstellerIn:

.....  
 Graz, 07. Juli 2022

*GR<sup>m</sup> Dipl. Uweod. (FH) Ch. Braunreuther*

## Allgemeine Angaben zur Gesellschaft Kunsthaus Graz GmbH:

Seit der Ausgliederung in Jahr 2020 des Kunsthaus Graz aus der Universalmuseum Joanneum GmbH wird das Kunsthaus Graz von einer eigenen gemeinnützigen Gesellschaft, der Kunsthaus Graz GmbH betrieben.

### Gesellschafter der Kunsthaus Graz GmbH sind:

Name	Stammkapital in EUR	%
Stadt Graz	20.000,00	50,00
Universalmuseum Joanneum GmbH	20.000,00	50,00
	<u>40.000,00</u>	<u>100,00</u>

Die inhaltliche Gestionierung folgt dem „Kunsthaus Leitbild“, welches in Zusammenarbeit mit den Kulturreferenten der Stadt Graz und des Landes Steiermark sowie der Geschäftsführung der Universalmuseum Joanneum GmbH und der Kunsthaus Intendanz erstellt wird.

Dieses Leitbild stellt dar, das es ein Ausstellungshaus ist, das internationale zeitgenössische Kunst mit regionalen und lokalen Themen und Aufgabenstellungen verbindet.

Folgende Merkmale beschreiben da Haus:

1. Das Kunsthaus Graz als „urban icon“
2. Von der Avantgarde zur globalisierten Gegenwart
3. „Styria goes global“
4. Am Puls der Zeit. Zukunftsorientiert.
5. Medien-, disziplinen –und kulturenübergreifende Ausstellungen
6. Kunst- und Architekturvermittlung
7. Zielgruppenorientiert, niederschwellig und barrierefrei
8. Kooperativ und vernetzt

Mit der Geschäftsführung der Gesellschaft sind beauftragt:

Fr. Direktorin Alexia Getzinger und Hofrat Mag. Dr. Wolfgang Muchitsch.

Die Gesellschaft Kunsthaus Graz GmbH beabsichtigt in einer Generalversammlung am 11. Juli 2022 in der Direktion der Geschäftsführung, Mariahilfstraße 2, 8020 Graz folgende Tagesordnung zu behandeln:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Jahresabschluss Kunsthaus Graz GmbH 2021
4. Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021
5. Jahresvoranschlag Kunsthaus Graz GmbH 2022
6. Investitionsrücklage – Verwendung 2021 und Planung 2022
7. Allfälliges

Ad TOP 3 – Jahresabschluss 2021

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 der Kunsthaus Graz GmbH wurde von der PKF Corti & Partner GmbH erstellt und liegt als integrierender Bestandteil dieser Beschlussfassung bei. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

**Auszug aus dem Soll- Ist Vergleich 2021:**

Laut des von der Kunsthaus Graz GmbH übermittelten Jahres Soll- Ist Vergleiches 2021 stellen sich Budget- und Ist- Zahlen der Jahres G&V 2021 wie folgt dar:

Name Beteiligungsgesellschaft:		Kunsthaus Graz GmbH			
in T Euro		Budget Gesamtjahr bzw Dez 2021	Ist Gesamtjahr bzw Dez 2021	Abweichung Budget-Ist	Abweichung in %
G&V	Umsatzerlöse	576	563	-13	-2,24
davon	Leistungsentgelte Stadt Graz			0	
	in Umsätzen ausgew GesZuschüsse			0	
	aufgelöste Investzuschüsse Stadt Graz			0	
	Sonstige Erträge	808	732	-76	-9,42
davon	Bestandsveränderung			0	
	Aktiviere Eigenleistungen			0	
	übrige Erträge	808	732	-76	-9,42
	Material u. bezogene Leistungen	3.187	3.144	43	1,34
	Personalaufwand	435	385	50	11,40
	sonstiger Sach- u. Betriebsaufwand	1.842	1.689	153	8,30
	EBDIT	-4.079	-3.923	156	3,82
	Abschreibung	354	353	0	0,01
	EBIT	-4.432	-4.276	156	3,52
	Zinsen	0	0	0	
	Ertragsteuer	0	0	0	
	Ergebnis	-4.432	-4.276	156	3,52
	Investitionen	717	544	173	24,11
Personal	VZÄ	6,95	6,00	1	13,67

Umsatzerlöse, sonstige Erträge:

Niedrigere sonstige Erträge aufgrund geringer als budgetiert angefallener Projektförderungen (- 76 Tsd).

Personalaufwand:

Personalaufwand ist aufgrund des Abgangs der Kunsthaus Leitung mit Juli 2021, unter Plan.

Materialaufwand; sonstiger Sach- und Betriebsaufwand:

Die Einsparung konnte vor allem bei den Gebäudekosten (+184 Tsd) und den Verwaltungs-/Projektkosten (+62 Tsd) erzielt werden. Die Ausstellungskosten sind über dem Plan (-82 Tsd).

Investitionen:

Die Abweichung resultiert aus höheren Investitionen in Betriebs-Geschäftsausstattung (-407 Tsd) und Ausstellungsinvestitionen (-39 Tsd). Kompensation durch geplante und tw. in Folgejahr verschobene Baumaßnahmen (+605 Tsd).

Der Bilanzgewinn in Höhe von € 0,00 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.  
(Jahresfehlbetrag: €-4.276.250,23, Auflösung von Kapitalrücklagen: € 4.276.250,23).

Der Generalversammlung kann im Sinne der vorstehenden Ausführungen und der Beilagen dieses Gemeinderatsantrages die **Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses KJ 2021** empfohlen werden.

Ad TOP 4 – Entlastung Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Aufgrund der vorliegenden Unterlagen kann der Generalversammlung empfohlen werden, der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021 der Kunsthaus Graz GmbH zuzustimmen.

Ad TOP 5 - Jahresvoranschlag 2022

Der Jahresvoranschlag 2022 der Kunsthaus Graz GmbH liegt als integrierender Bestandteil dieser Beschlussfassung bei und ist weiter von einer durch die Corona-Krise vorsichtigen Planung geprägt.

Für die Kunsthaus Graz GmbH wurde ein Finanzierungsvertrag abgeschlossen. Demgemäß verpflichten sich die Gesellschafterinnen den Finanzbedarf mittels eines jährlichen nicht rückzahlbaren Gesellschafterzuschusses in Höhe von 5 MEuro abzudecken, wobei die Stadt Graz 45%, die Universalmuseum Joanneum GmbH 55% des Gesellschafterzuschusses leistet.

Die Kunsthaus Graz GmbH ist verpflichtet vom jährlichen Gesellschafterzuschuss einen Betrag von 0,2 MEuro einer cash-gedeckten Investitionsrücklage zuzuführen, die nur gem. einvernehmlicher Vorwegzustimmung der beiden Gesellschafterinnen verwendet werden darf.

## Ad TOP 6 – Investitionsrücklage – Verwendung 2021 und Planung 2022

Bei der Verwendung der Investitionsrücklage 2021 gab es Abweichungen zum genehmigten Umfang. Nachstehend der Soll-Ist-Vergleich 2021

Kunsthhaus Investitionsrücklage - Soll-Ist-Vergleich 2021					03.03.2022
Verwendung der Investitionsrücklage 2021	Art	Ist 2021	Plan 2021	Abweichung	Anmerkung
Maßnahmen zur Klimatisierung	Instandsetzung	55.228,57	55.800,00	-571,43	Einsparung
Maßnahmen Bau	Instandsetzung	8.716,56	15.000,00	-6.283,44	Die restlichen Maßnahmen (Regenschutzblech) sind zeitlich nicht ausgegangen, wurden ins Jahr 2022 auf den Kostenträger 748000 (Kunsthhaus Instandhaltungen) verschoben.
Brandschutz-Maßnahmen	Investitionen	0,00	0,00	0,00	
Sicherheitstechnik	Investitionen	79.293,52	74.400,00	4.893,52	Es wurden die restlichen Zutrittsleser gleich mitgetauscht, welche erst für das Jahr 2022 geplant gewesen waren, dadurch hat man sich die Arbeitszeit gespart (Synergie).
Beleuchtung inkl. Elektrotechnik	Investition	109.047,47	313.900,00	-204.852,53	hohe Einsparungen; Rest in die Jahre 2022ff verschoben
<b>Summe</b>		<b>252.286,12</b>	<b>459.100,00</b>	<b>-206.813,88</b>	

Zu dieser Abweichung ist auszuführen, dass rund EUR 95.000,- jener Investitionen, die für das Jahr 2021 geplant gewesen waren und aus der Investitionsrücklage finanziert werden sollten, aufgrund von Lieferschwierigkeiten erst im Jahr 2022 umgesetzt werden können. Dieser Betrag wurde im Budget 2022 ergänzt. Auf der anderen Seite wird die aws-Investitionsprämie in Höhe von rund EUR 30.000,- erst im Jahr 2022 eingebucht werden. Auch dies wurde im Budget 2022 ergänzt.

Für 2022 sind die nachfolgenden Investitionen und Instandsetzungen im Ausmaß von € 127.000,00 geplant, die aus der Investitionsrücklage finanziert werden sollen.

Bezeichnung	Art	Ausgaben 2022
<b>Maßnahmen zur Klimatisierung</b>		
Austausch Regelungstechnik	Investition	60.000
<b>Sicherheitstechnik</b>		
Austausch Sicherheitsanlage (Alarm- und Videoanlage inkl. Zutrittskontrolle)	Investition	45.000
<b>Beleuchtung inkl. Elektrotechnik</b>		
Austausch Lichtsteuerungsanlage	Investition	22.000
<b>Summe</b>		<b>127.000</b>

Gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 i.d.F. LGBI 118/2021, ist dem Vertreter der Stadt Graz in der Gesellschaft, StR Dr. Günter Riegler die Ermächtigung zur Stimmabgabe in der für den 11. Juli 2022 geplanten Generalversammlung der Kunsthhaus Graz GmbH zu erteilen.

Die Beschlussfassung über diese Angelegenheit fällt in die Kompetenz des Gemeinderates.

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes wird der

## Antrag

gestellt, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr.130/1967 i.d.F. LGBl Nr. 118/2021 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Kunsthaus Graz GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt wie folgt das Stimmrecht auszuüben:

1.  
Ad TOP 2 – Zustimmung zur Tagesordnung
2.  
Ad TOP 3 – Zustimmung und Feststellung des Jahresabschlusses 2021
3.  
Ad TOP 4 – Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021
4.  
Ad TOP 5 – Zustimmung zum Jahresvoranschlag 2022 der Kunsthaus Graz GmbH
5.  
Ad TOP 6 – Zustimmung zur Verwendung der Investitionsrücklage Kunsthaus Graz 2021 und Planung 2022

Beilage in Papierform:  
Vollmacht

Beilagen elektronisch übermittelt:

- Jahresvoranschlag 2022 der Kunsthaus Graz GmbH
- Wirtschaftsprüfungsbericht 2021

Die Bearbeiterin

Mag.<sup>a</sup> Ulrike Temmer  
(elektronisch unterschrieben)

Der Abteilungsvorstand:

Mag. Stefan Tschikof  
(elektronisch unterschrieben)

Der Finanzreferent:

StR Manfred Eber  
(elektronisch unterschrieben)

Vorberaten und einstimmig / mehrheitlich / mit ..... Stimmen angenommen/abgelehnt / unterbrochen in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien am .....  
*7.7.22*.....

Die Schriftführerin:

*Temmer Ulrike*

Der Vorsitzende:

*Stefan Tschikof*

Der Antrag wurde in der heutigen	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlichen	<input type="checkbox"/> nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von .....	GemeinderätInnen	
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit .....	Stimmen /..... Gegenstimmen) angenommen.
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt		
Graz, am <u>7.7.2022</u>	Der/die Schriftführerin: <i>WP</i>	

	Signiert von	Temmer Ulrike
	Zertifikat	CN=Temmer Ulrike,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2022-06-29T09:12:00+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: <a href="https://sign.app.graz.at/signature-verification">https://sign.app.graz.at/signature-verification</a> verifiziert werden.

	Signiert von	Tschikof Stefan
	Zertifikat	CN=Tschikof Stefan,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2022-06-29T14:13:33+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: <a href="https://sign.app.graz.at/signature-verification">https://sign.app.graz.at/signature-verification</a> verifiziert werden.

	Signiert von	Eber Manfred
	Zertifikat	CN=Eber Manfred,O=Magistrat Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT,
	Datum/Zeit	2022-06-30T08:24:49+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: <a href="https://sign.app.graz.at/signature-verification">https://sign.app.graz.at/signature-verification</a> verifiziert werden.

GZ.: A 8 –18561/2006 - 114  
Kunsthhaus Graz GmbH  
Lendkai 1, 8020 Graz  
FN 89399w

Graz, am 07.07.2022

## VOLLMACHT

Gesellschafterinnen der Kunsthhaus Graz GmbH sind:

	Anteile am Stammkapital	
Stadt Graz:	50%	€ 20.000,--
Universalmuseum Joanneum GmbH	50%	€ 20.000,--

StR Dr. Günter Riegler ist bevollmächtigt, die Stadt Graz in der am 11. Juli 2022 stattfindenden Generalversammlung der Kunsthhaus Graz GmbH zu vertreten, für diese das Stimmrecht auszuüben und insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1.  
Ad TOP 2 – Zustimmung zur Tagesordnung
2.  
Ad TOP 3 –Zustimmung und Feststellung des Jahresabschlusses 2021
3.  
Ad TOP 4 – Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021
4.  
Ad TOP 5 – Zustimmung zum Jahresvoranschlag 2022 der Kunsthhaus Graz GmbH
5.  
Ad TOP 6 – Zustimmung zur Verwendung der Investitionsrücklage Kunsthhaus Graz 2021 und Planung 2022

Für die Stadt Graz:  
(Unterschrieben aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 07.07.2022,  
GZ A 8 – 18561/2006 - 114)

Die Bürgermeisterin:

Elke Kahr

**Kunsthhaus  
Graz GmbH**

**JAHRESVORANSCHLAG 2022**

03.12.2021

## INHALTSÜBERSICHT

<b>VORWORT</b> .....	<b>4</b>
<b>1. AUSSTELLUNGEN</b> .....	<b>5</b>
1.1 Inhaltliche Beschreibung des Ausstellungsprogramms 2022 .....	5
1.2 Übersicht über die Ausstellungsbudgets im Kunsthaus Graz.....	5
<b>2. BESUCHSPLANUNG UND EINTRITTSKARTENERLÖSE</b> .....	<b>6</b>
2.1 Besuchs-Entwicklung der letzten Jahre .....	6
2.2 Besuchsplanung 2022 .....	6
2.3 Eintrittskarten- und Vermittlungserlöse.....	7
<b>3. SUBVENTIONEN</b> .....	<b>8</b>
3.1 Gesellschafterzuschüsse des Jahres 2022 .....	8
3.2 Investitionsrücklage .....	8
3.3 Sonstige Zuschüsse und Förderungen.....	9
<b>4. PERSONALPLANUNG</b> .....	<b>10</b>
4.1 Allgemeine Voraussetzungen .....	10
4.2 Gehaltsabschlüsse.....	10
4.3 Gesamtdarstellung der Personalkosten 2022.....	10
<b>5. DIENSTLEISTUNGSVERTRAG</b> .....	<b>11</b>
5.1 Prozentuelle Verrechnung von Personalkosten .....	11
5.2 Verrechnung von Leistungsstunden durch die Universalmuseum Joanneum GmbH.....	14
5.3 Verrechnung der Arbeitsplatzkosten.....	15
5.4 Verrechnung von Sachkosten und Investitionen .....	16
<b>6. BAUMASSNAHMEN</b> .....	<b>17</b>
<b>7. AUSSENBEZIEHUNGEN</b> .....	<b>18</b>
7.1 Marketing .....	18
7.2 Presse .....	18
7.3 Veranstaltungsmanagement.....	19
7.4 Sponsoring.....	19
<b>8. INTEGRIERTE PLANUNG</b> .....	<b>20</b>
8.1 Erfolgsplanung .....	20
8.2 Finanzplanung .....	22

8.3	Planbilanz zum 31.12.2022.....	23
<b>9.</b>	<b>MEHRJAHRESPLANUNG 2022-2026 .....</b>	<b>25</b>
9.1	Planungsrechnung .....	25
9.2	Planungsprämissen .....	26
<b>10.</b>	<b>TEILBUDGETS DES JAHRES 2022.....</b>	<b>29</b>

## VORWORT

Das Jahr 2022 stellt insofern ein Übergangsjahr für die Kunsthhaus Graz GmbH dar, als die bisherige künstlerische Leiterin, Barbara Steiner, vorzeitig mit 31. Dezember 2021 das Unternehmen verlässt und Katrin Bucher Trantow im Jahr 2022 interimistisch die Leitung übernimmt.

Ab dem Jahr 2023 soll die Geschäftsführung der Kunsthhaus Graz GmbH neu aufgestellt werden. Die Personalunion mit den Geschäftsführer\*innen der Universalmuseum Joanneum GmbH wird mit 31. Dezember 2022 auslaufen. Ab dem 1. Jänner 2023 wird eine Alleingeschäftsführerin bzw. ein Alleingeschäftsführer die Kunsthhaus Graz GmbH in künstlerischer und kaufmännischer Hinsicht leiten.

Durch die Anhebung der Gesellschafterzuschüsse im Jahr der Ausgliederung 2020, die Kurzarbeitsförderungen im selben Jahr und die Zuschüsse zur Ausstellung „was sein wird – Von der Zukunft zu den Zukünften“ im Rahmen der STEIERMARK SCHAU 2021 geht die Kunsthhaus Graz GmbH in puncto Eigenkapital gestärkt in das Budgetjahr 2022. Diese Ausgangssituation ermöglicht es, das Ausstellungsbudget mittelfristig auf einem hohen Niveau zu halten.

## 1. AUSSTELLUNGEN

### 1.1 Inhaltliche Beschreibung des Ausstellungsprogramms 2022

Das Kunsthhaus Graz präsentiert im Jahr 2022 Arbeiten von **Monica Bonvicini**, die sich kaleidoskopisch rund um die Themen Behausung, Häuslichkeit, Schutz, Zerstörung, Normativität sowie Kontrolle und Kontrollverlust bzw. den Ausbruch aus Normierungen und Geschlechterrollen entfalten. **Amazons of Pop** zeigt die vielfältigen Ausdrucksformen einer Generation von Frauen aus Europa und Nordamerika, die mit ihren Werken die weniger bekannte Seite der Pop-Art formten. Die renommierte Medienkünstlerin **Hito Steyerl** schafft für den Space01 einen schwebenden, urbanen Garten und **Faking the Real** geht den Schnittstellen zwischen Grafikdesign und Kunst sowie den Begriffen Fake und Manipulation auf den Grund.

### 1.2 Übersicht über die Ausstellungsbudgets im Kunsthhaus Graz

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über die Ausstellungsbudgets des Jahres 2022. Detaillierte Informationen über Inhalte, zuständige Kurator\*innen, Laufzeiten und Rahmenprogramm können der Website [www.museum-joanneum.at/kunsthhaus-graz](http://www.museum-joanneum.at/kunsthhaus-graz) entnommen werden:

	Erlöse	Sachko. und Inv.	Konzern-LV	Werbung	Presse	Saldo
BIX	0	-9.400	-600	0	0	<b>-10.000</b>
Interventionen	15.000	-65.000	-12.300	0	0	<b>-62.300</b>
Helmut & Johanna Kandl - Palette	0	-8.300	-11.500	0	0	<b>-19.800</b>
SUPERFLEX	0	-13.400	-6.200	0	0	<b>-19.600</b>
Monica Bonvicini	20.000	-240.000	-22.000	-18.300	-2.500	<b>-262.800</b>
Amazons of Pop	0	-204.000	-52.500	-20.800	-3.000	<b>-280.300</b>
Hito Steyerl	0	-200.000	-19.000	-6.200	-2.000	<b>-227.200</b>
Faking the real	0	-150.000	-41.900	-19.300	-1.000	<b>-212.200</b>
<b>SUMME</b>	<b>35.000</b>	<b>-890.100</b>	<b>-166.000</b>	<b>-64.600</b>	<b>-8.500</b>	<b>-1.094.200</b>

Die Spalte „Konzern-LV“ steht für Konzern-Leistungsverrechnung. Hier sind jene Leistungen erfasst, welche die Universalmuseum Joanneum GmbH für Ausstellungen an die Kunsthhaus Graz GmbH verrechnet.

Bei „Interventionen“ wurden Sponsoring-Erlöse in Höhe von € 15.000,00 budgetiert. Zusätzliche Sponsoring-Erlöse in Höhe von € 70.000,00, die von der Abteilung Außenbeziehungen zentral für die Ausstellungen des Kunsthhauses Graz lukriert werden, sind im Kapitel 7.4 ausgewiesen.

## 2. BESUCHSPLANUNG UND EINTRITTSKARTENERLÖSE

### 2.1 Besuchs-Entwicklung der letzten Jahre

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Besuchszahlen der letzten 10 Jahre im Kunsthaus Graz:

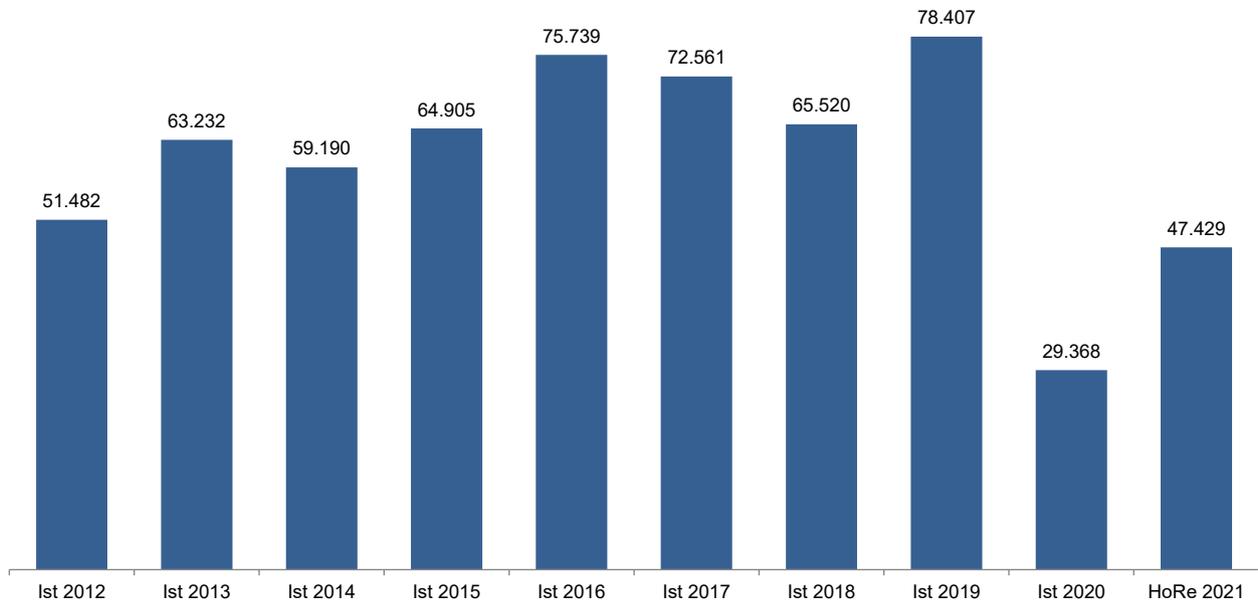


Abb.: Entwicklung der Besuchszahlen von 2012 bis 2021

### 2.2 Besuchsplanung 2022

Für das Jahr 2022 wird mit 60.000 Besuchen gerechnet, die sich wie folgt auf die Monate verteilen:

Jän	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jahr gesamt
2.800	3.200	2.600	3.300	6.000	5.500	5.500	5.800	5.000	8.200	6.800	5.300	<b>60.000</b>

### 2.3 Eintrittskarten- und Vermittlungserlöse

Die Eintrittskarten- und Vermittlungserlöse des Jahres 2022 gliedern sich wie folgt auf:

	<b>Plan 2022</b>
Ticketverkauf (60.000 Besuche x 2,00 Euro)	120.000
Vermittlungserlöse	12.000
Tourismus & Sales	4.500
Jahrestickets	20.900
Club Joanneum (Joanneumskarten)	3.600
Schulkarten	3.200
<b>Summe Eintrittskarten- und Vermittlungserlöse</b>	<b>164.200</b>

### 3. SUBVENTIONEN

#### 3.1 Gesellschafterzuschüsse des Jahres 2022

Gemäß Finanzierungsvertrag, abgeschlossen am 23. April 2020 zwischen der Stadt Graz, der Universalmuseum Joanneum GmbH (unter Patronanz des Landes Steiermark) und der Kunsthhaus Graz GmbH werden die Gesellschafterzuschüsse des Jahres 2022 wie folgt bereitgestellt:

	Plan 2022
Zuschuss Universalmuseum Joanneum GmbH	2.750.000
Zuschuss Stadt Graz	2.250.000
<b>Summe</b>	<b>5.000.000</b>

#### 3.2 Investitionsrücklage

Gemäß Finanzierungsvertrag vom 23. April 2020 ist die Kunsthhaus Graz GmbH dazu verpflichtet, vom jährlichen Gesellschafterzuschuss einen Betrag von € 200.000,00 einer Investitionsrücklage zuzuführen, die nur gemäß einvernehmlicher schriftlicher Vorwegzustimmung der beiden Gesellschafterinnen verwendet werden darf.

Im Jahr 2022 sind die nachfolgenden Investitionen und Instandsetzungen im Ausmaß von € 127.000,00 geplant, die aus der Investitionsrücklage finanziert werden sollen.

Bezeichnung	Art	Ausgaben 2022
<b>Maßnahmen zur Klimatisierung</b>		
Austausch Regelungstechnik	Investition	60.000
<b>Sicherheitstechnik</b>		
Austausch Sicherheitsanlage (Alarm- und Videoanlage inkl. Zutrittskontrolle)	Investition	45.000
<b>Beleuchtung inkl. Elektrotechnik</b>		
Austausch Lichtsteuerungsanlage	Investition	22.000
<b>Summe</b>		<b>127.000</b>

Da die Investitionsrücklage im Zuge der Bilanzierung des Jahres 2021 um € 300.000,00 dotiert wird, erfolgt im Jahr 2022 eine Dotierung nur im Ausmaß von € 100.000,00.

Die Investitionsrücklage wird sich demnach in den Jahren 2021 und 2022 wie folgt entwickeln:

	HoRe 2021	Plan 2022
Anfangsbestand	186.159	167.461
+ Dotierung	+300.000	+100.000
- Verwendung	-318.698	-127.000
<b>Endbestand</b>	<b>167.461</b>	<b>140.461</b>

### **3.3 Sonstige Zuschüsse und Förderungen**

Die sonstigen Zuschüsse und Förderungen unterscheiden sich von den vertraglichen Gesellschafterzuschüssen dadurch, dass sie im Anlassfall projektbezogen von der Kunsthhaus Graz GmbH beantragt werden. Die widmungsgemäße Verwendung derartiger Förderungen ist durch Vorlage von Rechnungen und Zahlungsbelegen nachzuweisen.

Im Budget des Jahres 2022 sind keine sonstigen Zuschüsse und Förderungen enthalten.

## 4. PERSONALPLANUNG

### 4.1 Allgemeine Voraussetzungen

In der Kunsthhaus Graz GmbH werden im Jahr 2022 insgesamt 7 Mitarbeiter\*innen mit einem Beschäftigungsausmaß von durchschnittlich 577% angestellt sein.

### 4.2 Gehaltsabschlüsse

In der Kunsthhaus Graz GmbH werden die Gehaltsabschlüsse der Universalmuseum Joanneum GmbH übernommen. Im Budget 2022 wurden die Gehälter der GmbH-Bediensteten um 3,00% erhöht. Strukturbedingte Vorrückungen der Mitarbeiter\*innen wurden individuell erfasst.

### 4.3 Gesamtdarstellung der Personalkosten 2022

Die im Jahresvoranschlag 2022 ausgewiesenen Personalkosten setzen sich wie folgt zusammen:

	Plan 2022
Personalkosten inkl. Lohnnebenkosten	-311.177
Sozialaufwendungen	-3.100
Vergütung Volontäre/Ehrenamtliche	0
Personalvergütungen	0
Dotierung Abfertigungsrückstellung	0
<b>Summe</b>	<b>-314.277</b>

Die anteiligen Kosten der in der Universalmuseum Joanneum GmbH angestellten Mitarbeiter\*innen scheinen unter dem Sachaufwand auf (siehe Kapitel 5.1. und 5.2.).

## 5. DIENSTLEISTUNGSVERTRAG

Am 23. April 2020 wurde ein Dienstleistungsvertrag zwischen der Kunsthhaus Graz GmbH und der Universalmuseum Joanneum GmbH abgeschlossen. Dieser sieht – um unwirtschaftliche Parallelstrukturen zu vermeiden – vor, dass die Universalmuseum Joanneum GmbH ab 1. März 2020 Dienstleistungen an die Kunsthhaus Graz GmbH erbringt und die darauf entfallenden Selbstkosten ohne Gewinnaufschlag verrechnet.

### 5.1 Prozentuelle Verrechnung von Personalkosten

Gemäß § 2 des Dienstleistungsvertrages werden Personalkosten der allgemeinen Verwaltung der Universalmuseum Joanneum GmbH an die Kunsthhaus Graz GmbH verrechnet. Die nachstehende Tabelle listet für das Jahr 2022 die Personen und Prozentzahlen der Verrechnung ihrer Personalkosten in das Kunsthhaus auf.

Name	Referat / Tätigkeit	Prozentsatz Kunsthhaus
<b>Geschäftsführung</b>		
Muchitsch Wolfgang	Wissenschaftliche Geschäftsführung	20%
Kosta Daniel	Wissenschaftliche Geschäftsführung	20%
Getzinger Alexia	Kaufmännische Geschäftsführung	20%
Mocnik Marie-Thérèse	Kaufmännische Geschäftsführung	20%
Umschaden Kurt	Sicherheit	20%
Teuschler Daniela	Presse (Leitung)	35%
Fras Anna	Presse	35%
Liebmann Stephanie	Presse	35%
Reischl Alexandra	Presse	35%
Office-Management N. N.	Presse	35%
<b>Neue Galerie Graz</b>		
Brumen Patrizia	Neue Galerie Graz	20%
Holler-Schuster Günther	Neue Galerie Graz	10%
<b>Kulturgeschichte</b>		
Foto-Restauratorin N. N.	Multimediale Sammlungen	5%
<b>Interne Dienste</b>		
Enzinger Markus	Rechnungswesen & Controlling (Prokurist, Leitung)	20%
Biber Oliver	Rechnungswesen & Controlling	20%
Brenner Wolfgang	Rechnungswesen & Controlling	20%
Fink Melanie (Karenzvertretung für Koller Claudia)	Rechnungswesen & Controlling	20%
Glettler-Konrad Monika	Rechnungswesen & Controlling	20%
Koller Claudia	Rechnungswesen & Controlling	20%
Pignitter Ulrike	Rechnungswesen & Controlling	20%
Siegl Monika	Rechnungswesen & Controlling	20%
Spitzer Erika	Rechnungswesen & Controlling	20%
Walbaum Martin	Rechnungswesen & Controlling	20%
Fuxjäger Martina	Rechtsberatung	20%
Wagner Alexandra	Personalverwaltung (Leitung)	25%
Beck Larissa	Personalverwaltung	25%

Name	Referat / Tätigkeit	Prozentsatz Kunsthhaus
Dörling Sandra	Personalverwaltung	25%
Lackner Eva-Maria	Personalverwaltung	25%
Pfeiffer Sandra	Personalverwaltung	25%
Pieber Marco	Personalverwaltung	25%
Redlinger-Pohn Gottlieb	Personalverwaltung	15% (01-04/2022)
Sauseng Gerlinde	Personalverwaltung	25%
Higgersberger-Mixner Victoria	Personalverwaltung (Lehrling)	25%
Schick Laura	Personalentwicklung (Leitung)	25%
Egger Nina (Karenzvertretung für Lainerberger Barbara)	Personalentwicklung	25%
Fochler Katharina (Karenzvertretung für Mizic-Felic Samira)	Personalentwicklung	25%
Lainerberger Barbara	Personalentwicklung	25%
Mizic-Felic Samira	Personalentwicklung	25%
Ernst Erik	Facility Management (Leitung)	50%
Ertl Walter	Facility Management	25%
Graf Margitta	Facility Management	25%
Rumpf Peter	Facility Management	100%
Dörling Bernd	IT & Kommunikation (Leitung)	50%
Fellner Michael	IT & Kommunikation	25%
Graf Andreas	IT & Kommunikation	50%
Gutensohn Richard	IT & Kommunikation	50%
Haring Matthias	IT & Kommunikation	50%
Pachler Georg	IT & Kommunikation	50%
Pöllabauer Nina	IT & Kommunikation	50%
Sczycpiorski Daniela	IT & Kommunikation	50%
Getreuer-Kostrouch André	Logistik (Leitung)	25%
Hofmann Michaela	Logistik	100%
Ettlinger Markus	Logistik	40%
Fölser Monika	Logistik	40%
Klinger Bernd	Logistik	40%
Lolic Emrija	Logistik	50%
Schaffer Christopher	Logistik	40%
Stickler Arnold	Logistik	40%
Tadrous Aziz	Logistik	100%
<b>Museumsservice</b>		
Millonig Silvia	Registratur (Leitung)	25%
Dimitrova Milena	Registratur	60%
Ganser Elisabeth	Registratur	60%
Lackner Nicolas	Registratur	40%
Buchbauer Sara (Karenzvertretung für Mönnich Astrid)	Registratur	60% (01-04/2022) 75% (05-12/2022)
Mönnich Astrid	Registratur	60% (ab 05/2022)
Muner Magdalena	Registratur	60%
Psenicnik Doris	Registratur	60%
Eipper Paul-Bernhard	Restaurierung (Leitung)	10%

Name	Referat / Tätigkeit	Prozentsatz Kunsthhaus
Bakhareva Mariia	Restaurierung	5%
Gasser Tanja	Restaurierung	5%
Hafenscher Manuela	Restaurierung	5%
Molnár-Lang Barbara	Restaurierung	5%
Puchleitner-Knödl Brigitte	Restaurierung	5%
Sannikova Evgeniia	Restaurierung	5%
Bodlos Robert	Zentralwerkstatt (Leitung)	20%
Knechtl Irmgard	Zentralwerkstatt (Office)	20%
alle anderen Mitarbeiter*innen der Zentralwerkstatt	Zentralwerkstatt	Verrechnung nach Stunden
<b>Außenbeziehungen</b>		
Schnitzler Andreas	Sponsoring (Leitung)	35%
Schachner-Blazizek Daniela	Sponsoring	35%
Schwabberger Katharina	Sponsoring – Sales	35%
Müller Maria	Sponsoring – Sales	35%
Blum Nina	Marketing & Kommunikation	35%
Brunner-Irujo Anita	Marketing & Kommunikation	35%
Eipper-Kaiser Jörg	Marketing & Kommunikation	35%
Ertl-Leitgeb Barbara	Marketing & Kommunikation	35%
Hradecky Bärbel	Marketing & Kommunikation	35%
Pessenhofer-Krebs Eva	Marketing & Kommunikation	35%
Rosmann Astrid	Marketing & Kommunikation	35%
Sanner Tonia	Marketing & Kommunikation	35%
Wegscheidler Rainer	Marketing & Kommunikation	35%
Windbacher Elisabeth	Marketing & Kommunikation	35%
Wonnebauer Lisa	Marketing & Kommunikation	35%
Fachpraktikant*innen Marketing & Kommunikation	Marketing & Kommunikation	35%
Mitarbeiter*in Marketing und Projektkoordination STEIERMARK SCHAU 2023	Marketing & Kommunikation	17%
Weishaupt Andrea	Grafik (Leitung)	20%
alle anderen Mitarbeiter*innen der Grafik	Grafik	Verrechnung nach Stunden
Filzwieser Gabriela	Veranstaltungsmanagement (Leitung)	35%
Kermann Magdalena	Veranstaltungsmanagement	75%
alle anderen Mitarbeiter*innen des Veranstaltungsmanagements	Veranstaltungsmanagement	Verrechnung nach Stunden
<b>Abteilung für Besucher*innen</b>		
Vauti Angelika	Abteilung für Besucher*innen (Leitung)	25%
Rieser Markus	Abteilung für Besucher*innen	25%
Binder Marta	Abteilung für Besucher*innen	25%
Burtscher Melanie	Abteilung für Besucher*innen	44%
Gubert Lisa-Maria	Abteilung für Besucher*innen	44%
Holzer-Kernbichler Monika	Abteilung für Besucher*innen	50%
Jensac Alina	Abteilung für Besucher*innen	44%
Kaufmann Silvia	Abteilung für Besucher*innen	40%
Kirchmair Thomas	Abteilung für Besucher*innen	44%
Leitinger Doris	Abteilung für Besucher*innen	44%

Name	Referat / Tätigkeit	Prozentsatz Kunsthaus
Leitner Anke	Abteilung für Besucher*innen	50%
Melinz-Schille Petra	Abteilung für Besucher*innen	0%
Messner Sabine	Abteilung für Besucher*innen	44%
Ofner Eva	Abteilung für Besucher*innen	50%
Rachoinig Sigrid	Abteilung für Besucher*innen	50%
Schaffler Wolfgang	Abteilung für Besucher*innen	25%
Schatz Elisabeth	Abteilung für Besucher*innen	25%
Schauer Romana	Abteilung für Besucher*innen	25%
Schöninger Verena	Abteilung für Besucher*innen	25%
Veitschegger Antonia	Abteilung für Besucher*innen	50%
Mitarbeiter*innen des Aufsichtsdienstes	Abteilung für Besucher*innen	43%
Mitarbeiter*innen Kassa/Info	Abteilung für Besucher*innen	44%
Mitarbeiter*innen der Kunst- und Kulturvermittlung	Abteilung für Besucher*innen	49%

Die rot markierten Prozentsätze verdeutlichen, dass es hier zu einer Anpassung im Vergleich zum Jahr 2021 gekommen ist.

Personal-Förderungen (z. B. Altersteilzeit-Förderungen oder Basisförderungen für Lehrlinge) werden gegengerechnet.

Die von der Universalmuseum Joanneum GmbH verrechneten Kosten werden in der Kunsthaus Graz GmbH nicht als Personalaufwand, sondern im Sachaufwand als bezogene Leistungen erfasst.

Im Jahr 2022 gelangen unter diesem Titel insgesamt € 2.152.266,00 zur Verrechnung.

## 5.2 Verrechnung von Leistungsstunden durch die Universalmuseum Joanneum GmbH

§ 3 des Dienstleistungsvertrages sieht vor, dass bei den Mitarbeiter\*innen der Referate Zentralwerkstatt, Grafik und Veranstaltungsmanagement – mit Ausnahme der jeweiligen Leiter\*innen bzw. deren Assistenzen – die Weiterverrechnung nicht nach fixen Prozentsätzen sondern nach Leistungsstunden erfolgt. Folgende

Stundensätze sieht der Dienstleistungsvertrag – unter Berücksichtigung der Valorisierung – für das Jahr 2022 vor:

- Zentralwerkstatt: € 42,00
- Grafik: € 58,00
- Veranstaltungsmanagement: € 43,00

Die nachfolgende Tabelle zeigt, welche Kosten von der Universalmuseum Joanneum GmbH im Jahr 2022 an die Kunsthaus Graz GmbH plangemäß verrechnet werden:

Referat	Stunden	Stundensatz	Kosten
Zentralwerkstatt	3.586	42,00	150.600
Grafik	529	58,00	30.700
Veranstaltungsmanagement	305	43,00	13.100
<b>Summe</b>	<b>4.420</b>		<b>194.400</b>

Die von der Universalmuseum Joanneum GmbH verrechneten Leistungsstunden werden in der Kunsthaus Graz GmbH nicht als Personalaufwand, sondern im Sachaufwand als bezogene Leistungen erfasst.

### 5.3 Verrechnung der Arbeitsplatzkosten

Gemäß § 4 des Dienstleistungsvertrages hat die Universalmuseum Joanneum GmbH die Möglichkeit, der Kunsthaus Graz GmbH die durchschnittlichen Kosten eines Arbeitsplatzes zu verrechnen. Für das Jahr 2022 werden die durchschnittlichen Kosten eines Arbeitsplatzes mit einem Betrag von € 5.660,00 bewertet, wobei diese mit den Prozentsätzen gemäß § 2 dieses Dienstleistungsvertrages gewichtet werden.

Für den Fall, dass Mitarbeiter\*innen der Universalmuseum Joanneum GmbH ihren Arbeitsplatz im Kunsthaus Graz haben und Leistungen an die Universalmuseum Joanneum GmbH erbringen, erfolgt eine entsprechende Gegenverrechnung von der Kunsthaus Graz GmbH an die Universalmuseum Joanneum GmbH.

Für das Jahr 2022 wurde die Weiterverrechnung der Arbeitsplatzkosten von der Universalmuseum Joanneum GmbH an die Kunsthaus Graz GmbH mit € 86.700,00 kalkuliert.

**5.4 Verrechnung von Sachkosten und Investitionen**

§ 5 des Dienstleistungsvertrages regelt die Weiterverrechnung von Sachkosten und Investitionen von der Universalmuseum Joanneum GmbH an die Kunsthhaus Graz GmbH. Für das Jahr 2022 sind folgende Beträge – aufgeschlüsselt nach Kostenstellen – geplant:

Kostenstelle	Plan 2022
Kunsthhaus	7.500
Kunsthhaus Hausverwaltung	23.600
Kunsthhaus Verwaltung	48.000
Kunsthhaus Marketing	21.000
Kunsthhaus IT & Kommunikation	10.100
IT & Kommunikation	45.300
Halle Puchstraße	35.900
Zentralwerkstatt	23.900
Schloss Eggenberg Gästezimmer	0
<b>Summe</b>	<b>215.300</b>

## 6. BAUMASSNAHMEN

Die für das Jahr 2022 geplanten Baumaßnahmen teilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Projekte auf:

Bauprojekte	Aufwendungen	Investitionen	Gesamtsumme
Kunsthhaus Instandhaltungen	469.500	50.000	<b>519.500</b>
Kunsthhaus Investitionsrücklage	0	127.000	<b>127.000</b>
<b>Summe</b>	<b>469.500</b>	<b>177.000</b>	<b>646.500</b>

## 7. AUSSENBEZIEHUNGEN

### 7.1 Marketing

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der vom Referat „Marketing & Kommunikation“ zentral verwalteten Marketingkosten des Jahres 2022:

	Plan 2022
Werbemittelproduktion	33.600
Plakatierung/Affichierung	60.100
Inserate	37.900
Werbegrafik	16.000
Social Media und digitale Produktionen	30.000
Sonstige Werbung	9.900
<b>Zentrale Marketingkosten</b>	<b>187.500</b>

### 7.2 Presse

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der vom Referat „Marketing & Kommunikation“ zentral verwalteten Pressekosten des Jahres 2022:

	Plan 2022
Pressekonferenzen Aufbau	600
Pressearbeiten	13.700
Reisekosten Presse	300
Pressekonferenzen Catering	800
<b>Zentrale Pressekosten</b>	<b>15.400</b>

### 7.3 Veranstaltungsmanagement

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der vom Referat „Veranstaltungsmanagement“ verwalteten Erlöse und Kosten des Jahres 2022:

	Plan 2022
Umsatzerlöse	74.600
Materialaufwand	-1.200
Bezogene Leistungen	-8.700
Konzern-Leistungsverrechnung	-56.340
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.100
Investitionen	-4.400
<b>Ergebnis</b>	<b>-10.140</b>

### 7.4 Sponsoring

Im Jahresvoranschlag der Kunsthhaus Graz GmbH des Jahres 2022 sind Sponsoringenerlöse im Ausmaß von € 85.000,00 enthalten. Potentielle Sponsoren sind die Lotterien, die Uniqq, die Energie Graz und Drei.

## 8. INTEGRIERTE PLANUNG

### 8.1 Erfolgsplanung

	Ist 2020	Plan 2021	HoRe 2021	Plan 2022
Eintrittskartenerlöse	120.849	175.400	191.639	164.200
Shop- und Katalogerlöse	4.711	21.100	10.134	6.200
Veranstaltungserlöse	27.791	54.200	18.487	74.600
Sponsoringerlöse	49.548	70.000	77.489	85.000
Spendenerlöse	4.086	17.200	1.200	7.200
Miet- und Pachterlöse	433.727	197.800	216.827	207.800
Sonstige Umsatzerlöse	63.110	40.200	16.758	50.200
Skonti, Erlösminderungen	0	0	0	0
<b>Umsatzerlöse</b>	<b>703.822</b>	<b>575.900</b>	<b>532.534</b>	<b>595.200</b>

Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen	0	0	0	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	0	0	0
Zuschüsse zu Projekten	155.730	808.400	792.458	0
Übrige sonstige betriebliche Erträge	1.547.974	0	2.260	0
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>1.703.704</b>	<b>808.400</b>	<b>794.718</b>	<b>0</b>

Wareneinsatz	-2.673	0	-2.413	0
Materialaufwand	-162.665	-304.300	-218.690	-278.100
Leihgebühren	-7.992	-4.500	-22.849	-59.500
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.615.890	-2.877.781	-2.886.356	-2.880.766
Skontoerträge	1.989	0	3.495	0
<b>Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen</b>	<b>-1.787.231</b>	<b>-3.186.581</b>	<b>-3.126.813</b>	<b>-3.218.366</b>

Löhne	-22.978	0	0	0
Gehälter	-851.249	-337.496	-336.959	-242.480
Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-11.927	-5.175	-4.964	-3.695
Aufwendungen für Altersversorgung	0	0	0	0
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-226.504	-88.523	-85.066	-65.002
Sonstige Sozialaufwendungen	-2.471	-3.400	-1.613	-3.100
Personalaufwand Leiharbeiter*innen	0	0	0	0
Personalvergütungen	158.652	0	2.890	0
<b>Personalaufwand</b>	<b>-956.478</b>	<b>-434.594</b>	<b>-425.713</b>	<b>-314.277</b>

Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.039.970	-635.500	-641.500	-649.500
Erträge aus dem Verbrauch von Investitionszuschüssen	207.369	282.000	288.000	296.000
<b>Abschreibungen</b>	<b>-4.832.601</b>	<b>-353.500</b>	<b>-353.500</b>	<b>-353.500</b>

	Ist 2020	Plan 2021	HoRe 2021	Plan 2022
Steuern, soweit nicht vom Einkommen	-4.821	-31.000	-13.087	-31.000
Gebühren und Beiträge	-7.941	-6.700	-7.563	-17.700
Instandhaltungen und Wartungen	-412.526	-482.400	-471.544	-456.200
Betriebskosten	-270.567	-491.400	-435.668	-389.900
Versicherungen	-33.798	-84.200	-75.975	-95.000
Transport-, Reise- und Fahraufwand	-146.133	-91.400	-101.505	-191.800
KFZ-Aufwand	-12.646	-7.200	-5.529	-7.200
Porto und Telekommunikation	-67.761	-71.400	-76.626	-66.400
Miete, Pacht, Leasing	-211.511	-138.000	-139.042	-141.900
Patent- und Lizenzgebühren	-3.554	0	-16.722	0
Aus- und Weiterbildung	-3.476	-8.200	-2.688	-6.500
Büro- und Verwaltungsaufwand	-70.598	-67.200	-103.737	-108.200
Marketingaufwand	-193.858	-187.500	-185.304	-187.500
Sonstiger Werbeaufwand	-10.188	-38.500	-40.254	-72.100
Rechts- und Beratungsaufwand	-59.552	-34.300	-47.634	-27.800
Bewachung	-67.020	-88.300	-70.636	-91.200
Buchwert abgegangener Anlagen	0	0	0	0
Schadensfälle	-1.934	0	0	0
Diverse betriebliche Aufwendungen	-12.838	-14.100	-16.401	-8.900
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-1.590.723</b>	<b>-1.841.800</b>	<b>-1.809.915</b>	<b>-1.899.300</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-6.759.507</b>	<b>-4.432.175</b>	<b>-4.388.689</b>	<b>-5.190.243</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	26	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-87	0	-12	0
Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0	0
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-87</b>	<b>0</b>	<b>15</b>	<b>0</b>
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>-6.963.177</b>	<b>-4.432.175</b>	<b>-4.388.674</b>	<b>-5.190.243</b>
Gesellschafterzuschüsse Land Steiermark	2.676.667	2.750.000	2.750.000	2.750.000
Gesellschafterzuschüsse Stadt Graz	2.190.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000
Miet- und Betriebskostenzuschüsse	0	0	0	0
Dotierung Investitionszuschüsse	-384.299	-1.017.300	-837.753	-305.600
Änderung freie Kapitalrücklage	2.678.715	-9.625	-92.271	368.843
Auflösung Investitionsrücklage	101.271	459.100	318.698	127.000
<b>Auflösung von Kapitalrücklagen</b>	<b>7.262.354</b>	<b>4.432.175</b>	<b>4.388.674</b>	<b>5.190.243</b>
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>299.177</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Software, Lizenzen	0	0	-17.092	0
Gebäude	-159.046	0	-366.400	-105.000
Anlagen in Bau	0	-605.000	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	-35.179	-72.300	-173.713	-100.600
Sammlungen	-472.840	-40.000	-6.670	0
Investitionszuschüsse	667.066	717.300	563.875	205.600
<b>Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**8.2 Finanzplanung**

	HoRe 2021	Plan 2022
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-4.388.674</b>	<b>-5.190.243</b>
+ Abschreibungen	641.500	649.500
- Auflösung Investitionszuschüsse	-288.000	-296.000
+ Dotierung Abfertigungsrückstellung	0	0
<b>Cash-Flow aus dem Ergebnis</b>	<b>-4.035.174</b>	<b>-4.836.743</b>
- Veränderung Waren	0	0
- Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	397.900	179.600
- Veränderung Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0
+ Veränderung Sonstige Rückstellungen	0	0
+ Veränderung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0
+ Veränderung Sonstige Verbindlichkeiten	-466.077	0
+ Veränderung Passive Rechnungsabgrenzungen	-71.656	-71.656
<b>Cash-Flow aus der laufenden GT</b>	<b>-4.175.007</b>	<b>-4.728.799</b>
- Investitionen immat. Verm. und SAV	-563.875	-205.600
+ Direkte Investitionszuschüsse	26.122	0
<b>Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-537.753</b>	<b>-205.600</b>
+ Gesellschafterzuschüsse	5.000.000	5.000.000
<b>Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>
<b>Summe der Cash-Flows</b>	<b>287.240</b>	<b>65.601</b>

**8.3 Planbilanz zum 31.12.2022**

Nachfolgend wird die Planbilanz zum 31.12.2022 im Vergleich zur Ist-Bilanz zum 31.12.2020 sowie zur hochgerechneten Bilanz der Kunsthhaus Graz GmbH zum 31.12.2021 dargestellt:

	Ist 31.12.2020	HoRe 31.12.2021	Plan 31.12.2022
Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software	9.007	14.099	6.099
Sachanlagen			
1. Grundstücke und Bauten	16.223.088	16.129.988	15.759.488
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	508.211	511.925	446.525
3. Sammlungsankäufe	572.481	579.151	579.151
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>17.312.787</b>	<b>17.235.162</b>	<b>16.791.262</b>
Vorräte			
1. Waren	1.504	1.504	1.504
Forderungen und so. Vermögensgegenstände	855.835	457.935	278.335
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.396.311	1.683.551	1.749.152
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>2.253.650</b>	<b>2.142.990</b>	<b>2.028.991</b>
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>14.124</b>	<b>14.124</b>	<b>14.124</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>19.580.561</b>	<b>19.392.276</b>	<b>18.834.378</b>

	Ist 31.12.2020	HoRe 31.12.2021	Plan 31.12.2022
Stammkapital	40.000	40.000	40.000
Nicht gebundene Kapitalrücklagen			
1. Freie Kapitalrücklage operativ	996.048	1.370.118	1.283.075
2. Freie Kapitalrücklage KH Leasing GmbH	12.935.702	12.653.902	12.372.102
3. Investitionsrücklage Kunsthaus	186.159	167.461	140.461
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>14.157.908</b>	<b>14.231.481</b>	<b>13.835.638</b>
<b>B. Investitionszuschüsse</b>	<b>1.760.235</b>	<b>2.036.110</b>	<b>1.945.710</b>
Rückstellungen für Abfertigungen	0	0	0
Sonstige Rückstellungen	70.096	70.096	70.096
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>70.096</b>	<b>70.096</b>	<b>70.096</b>
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	128.580	128.580	128.580
Sonstige Verbindlichkeiten	884.141	418.065	418.065
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>1.012.722</b>	<b>546.645</b>	<b>546.645</b>
<b>E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2.579.600</b>	<b>2.507.945</b>	<b>2.436.289</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>19.580.561</b>	<b>19.392.276</b>	<b>18.834.378</b>

## 9. MEHRJAHRESPLANUNG 2022-2026

### 9.1 Planungsrechnung

Die folgende Mehrjahresplanung der Jahre 2022 bis 2026 orientiert sich an der Gliederung aus dem Beteiligungscontrolling der Stadt Graz:

	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2022	2023	2024	2025	2026

Umsatzerlöse	595.200	604.128	613.190	622.388	631.724
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0
Material und bezogene Leistungen	-3.218.366	-3.172.473	-3.227.624	-3.284.155	-3.292.099
Personalaufwand	-314.277	-394.047	-405.868	-418.044	-430.585
Sonstiger Sach- und Betriebsaufwand	-1.899.300	-1.896.000	-1.861.000	-1.861.000	-1.861.000
<b>EBDIT</b>	<b>-4.836.743</b>	<b>-4.858.391</b>	<b>-4.881.302</b>	<b>-4.940.811</b>	<b>-4.951.961</b>
Abschreibung	-353.500	-353.500	-353.500	-353.500	-353.500
<b>EBIT</b>	<b>-5.190.243</b>	<b>-5.211.891</b>	<b>-5.234.802</b>	<b>-5.294.311</b>	<b>-5.305.461</b>
Zinsen	0	0	0	0	0
Ertragsteuer	0	0	0	0	0
<b>Ergebnis</b>	<b>-5.190.243</b>	<b>-5.211.891</b>	<b>-5.234.802</b>	<b>-5.294.311</b>	<b>-5.305.461</b>

Gesellschafterzuschüsse	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
Dotierung Investitionsrücklage	-100.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
Verwendung Investitionsrücklage	127.000	320.000	180.000	75.000	250.000
<b>Subventionen</b>	<b>5.027.000</b>	<b>5.120.000</b>	<b>4.980.000</b>	<b>4.875.000</b>	<b>5.050.000</b>

<b>Investitionen</b>	<b>-205.600</b>	<b>-403.200</b>	<b>-298.200</b>	<b>-193.200</b>	<b>-368.200</b>
----------------------	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

## 9.2 Planungsprämisse

Folgende Prämisse liegen der Mehrjahresplanung zugrunde:

### 9.2.1 Umsatzerlöse

Bei der Entwicklung der Umsatzerlöse wurden jährliche Leasingentgelte in Höhe von rund € 71.700,00 berücksichtigt.

Ansonsten wurde bei den Umsatzerlösen ab 2022 eine jährliche Steigerung von 1,5% angesetzt.

### 9.2.2 Personalaufwand

Es wurde berücksichtigt, dass es im Jahr 2022 eine interimistische Leitung, ab dem Jahr 2023 eine Alleingeschäftsführung gibt.

Ansonsten wurde beim Personalaufwand ab 2023 eine jährliche Steigerung im Ausmaß von 3,0% durch Valorisationen und Vorrückungen unterstellt.

### 9.2.3 Sachaufwand

Bei der Planung des Sachaufwands wurden folgende Parameter erfasst:

	2022	2023	2024	2025	2026
Ausstellungskosten exkl. Leistungsverrechnung	-879.700	-800.000	-800.000	-800.000	-750.000
Konzernverrechnung Personalkosten prozentuell	-2.152.266	-2.206.073	-2.261.224	-2.317.755	-2.375.699
Werkvertrag Geschäftsführung 2022	-20.000	0	0	0	0
Instandsetzungen aus Investitionsrücklage	0	-35.000	0	0	0
Ausstieg Landes-IT	-5.300	0	0	0	0
Website Relaunch	-48.000	0	0	0	0
Marketingkosten	-187.500	-202.500	-202.500	-202.500	-202.500

### 9.2.4 Abschreibungen

Der Wert des Gebäudes wird ab dem Jahr 2020 auf die Restnutzungsdauer von 45 Jahren abgeschrieben.

### 9.2.5 Investitionen

Die nachfolgenden Parameter wurden bei der Planung der Investitionen berücksichtigt:

	2022	2023	2024	2025	2026
Investitionen aus Investitionsrücklage	-127.000	-285.000	-180.000	-75.000	-250.000
Ausstellungsinvestitionen	-10.400	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000

### 9.2.6 Investitionsrücklage

Gemäß der vorliegenden Mehrjahresplanung wird sich die Investitionsrücklage in den Jahren 2022 bis 2026 wie folgt entwickeln:

	2022	2023	2024	2025	2026
Anfangsbestand 01.01.	167.461	140.461	20.461	40.461	165.461
Dotierung	100.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Verwendung	-127.000	-320.000	-180.000	-75.000	-250.000
<b>Endbestand 31.12.</b>	<b>140.461</b>	<b>20.461</b>	<b>40.461</b>	<b>165.461</b>	<b>115.461</b>

### 9.2.7 Freie Kapitalrücklage

Die freie Kapitalrücklage, die sich aus der Umgründung der Kunsthaus Leasing GmbH ergeben hat, wird sich in den Jahren 2022 bis 2026 wie folgt entwickeln:

	2022	2023	2024	2025	2026
Anfangsbestand 01.01.	12.653.902	12.372.102	12.090.302	11.808.502	11.526.702
+ Leasingentgelt	71.700	71.700	71.700	71.700	71.700
- Abschreibungen Baurecht	-353.500	-353.500	-353.500	-353.500	-353.500
<b>Endbestand zum 31.12.</b>	<b>12.372.102</b>	<b>12.090.302</b>	<b>11.808.502</b>	<b>11.526.702</b>	<b>11.244.902</b>

Die freie Kapitalrücklage für den operativen Museums- und Ausstellungsbetrieb wird sich in den Jahren 2022 bis 2026 wie folgt entwickeln:

	2022	2023	2024	2025	2026
Anfangsbestand 01.01.	1.370.118	1.283.075	1.069.784	798.581	467.870
Ergebnis abzgl. Investitionen	-5.395.843	-5.615.091	-5.533.002	-5.487.511	-5.673.661
Korrektur Leasingentgelte und Abschreibung Baurecht	281.800	281.800	281.800	281.800	281.800
Gesellschafterzuschüsse	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
Dotierung Investitionsrücklage	-100.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
Verwendung Investitionsrücklage	127.000	320.000	180.000	75.000	250.000
<b>Endbestand zum 31.12.</b>	<b>1.283.075</b>	<b>1.069.784</b>	<b>798.581</b>	<b>467.870</b>	<b>126.010</b>

### 9.2.8 Entwicklung des Eigenkapitals

Zusammengefasst wird sich das Eigenkapital der Kunsthhaus Graz GmbH in den Jahren 2022 bis 2026 jeweils zum 31. Dezember wie folgt entwickeln:

	2022	2023	2024	2025	2026
Stammkapital	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Freie KRL operativ	1.283.075	1.069.784	798.581	467.870	126.010
Freie KRL KH Leasing GmbH	12.372.102	12.090.302	11.808.502	11.526.702	11.244.902
Investitionsrücklage	140.461	20.461	40.461	165.461	115.461
<b>Eigenkapital zum 31.12.</b>	<b>13.835.638</b>	<b>13.220.546</b>	<b>12.687.544</b>	<b>12.200.033</b>	<b>11.526.372</b>

10. TEILBUDGETS DES JAHRES 2022

Bereich	Bezeichnung	Allgemein	Konzern-LV Zentralwerkstatt	Konzern-LV Grafik	Konzern-LV Veranstalt.	Konzern-LV Gästezimmer	Marketing	Presse	Budgetsumme
<b>Zentrale Verantwortung</b>									
	Gesellschafterzuschüsse Kunsthhaus	5.000.000							5.000.000
	Kapitalrücklage Kunsthhaus - Erhöhung operatives Budget	87.043							87.043
	Kapitalrücklage Kunsthhaus - Auflösung Kunsthhaus Leasing GmbH	281.800							281.800
	Eintrittskartenerlöse Kunsthhaus	138.800							138.800
	Eintrittskartenerlöse Sales Kunsthhaus	25.400							25.400
	Personalkosten Kunsthhaus	-311.177							-311.177
	Personalkosten Weiterverrechnung UMJ an Kunsthhaus	-2.152.266							-2.152.266
	Baumaßnahmen Kunsthhaus	-519.500							-519.500
	Investitionsrücklage Kunsthhaus - Dotierung	-100.000							-100.000
	Zentrales IT-Budget Kunsthhaus	-5.000							-5.000
	Zentrales Sponsoring Kunsthhaus	70.000							70.000
<b>Abteilungsbudgets</b>									
<b>Kunsthhaus Graz</b>	Kunsthhaus	-37.900			-2.000				-39.900
	Kunsthhaus - Werkvertrag neue GF	-20.000							-20.000
	Kunsthhaus - Reisekosten Hearing	-5.000							-5.000
	Denkmal für Helmut Strobl	-6.000							-6.000
	Kunsthhaus Cafeteria	104.100							104.100
	Kunsthhaus Verwaltung	-60.000							-60.000
	Arbeitsplatzkosten von UMJ	-86.700							-86.700
	Aufsichtsratsvergütungen	-22.500							-22.500
	Kunsthhaus Leasing GmbH	-281.800							-281.800
<b>Interne Dienste</b>	Kunsthhaus IT & Kommunikation	-46.700							-46.700
	Ausstieg aus Landes-IT	-5.300							-5.300
	Kunsthhaus Hausverwaltung	-614.900							-614.900
	Kunsthhaus Puchstraße	-35.900							-35.900

Bereich	Bezeichnung	Allgemein	Konzern-LV Zentralwerkstatt	Konzern-LV Grafik	Konzern-LV Veranstalt.	Konzern-LV Gästezimmer	Marketing	Presse	Budgetsumme
<b>Außenbeziehungen</b>	Kunsthhaus Sponsoring	-3.900					-1.000		-4.900
	Kunsthhaus Marketing	-24.200		-22.000			-108.000		-154.200
	Kunsthhaus Tourismus & Sales	-4.800		-200			-5.000		-10.000
	Kunsthhaus Digitale Medien	-8.500							-8.500
	Website Kunsthhaus - Relaunch	-48.000							-48.000
	Kunsthhaus Presse	-4.900						-6.900	-11.800
<b>Abteilung für Besucher/innen</b>	Kunsthhaus Vermittlung	-13.900			-1.200		-7.900		-23.000
	Kunsthhaus Vermittlung - Web-Shop	-10.500							-10.500
	Aktionswochen Kunsthhaus	-3.000							-3.000
	Kunsthhaus Hunger auf Kunst und Kultur	200							200
<b>Museumsservice</b>	Kunsthhaus Registratur	-3.800							-3.800
	Kunsthhaus Werkstätte	-23.900							-23.900
<b>Veranstaltungen</b>	Kunsthhaus Veranstaltungen	47.200			-3.000		-1.000		43.200
<b>Shop</b>	Kunsthhaus Graz - Shop	-42.100							-42.100
<b>Ausstellungen</b>									
	BIX	-9.400			-600				-10.000
	Interventionen	-50.000	-4.000	-6.800	-1.500				-62.300
	Monica Bonvicini - I dont like you very much	-220.000	-21.100		-900		-18.300	-2.500	-262.800
	Johanna und Helmut Kandl - Palette	-8.300	-11.500						-19.800
	Superflex - Sometimes As A Fog ...	-13.400	-6.200						-19.600
	Amazons of Pop	-204.000	-50.400	-500	-1.600		-20.800	-3.000	-280.300
	Hito Steyerl	-200.000	-16.400	-1.200	-1.400		-6.200	-2.000	-227.200
	Grafik_Kunst	-150.000	-41.000		-900		-19.300	-1.000	-212.200
<b>Summe</b>	<b>Kunsthhaus Graz GmbH</b>	<b>397.300</b>	<b>-150.600</b>	<b>-30.700</b>	<b>-13.100</b>	<b>0</b>	<b>-187.500</b>	<b>-15.400</b>	<b>0</b>

## **Bericht**

über die  
Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31.12.2021

**Kunsthhaus Graz GmbH  
Graz**

Neubaugasse 55 • 8020 Graz • Tel. +43 316 826082 – 0 • Fax +43 316 826082 – 13 • e-mail [graz@pkf.at](mailto:graz@pkf.at) • [www.pkf-graz.at](http://www.pkf-graz.at)  
Peter-Tunner-Straße 7 • 8700 Leoben • Tel. +43 3842 42180 • Fax +43 3842 42180 – 22 • e-mail [office@pkf-leoben.at](mailto:office@pkf-leoben.at)

Geschäftsführung: Clemens Corti alle Catene, Mag, WP StB  
ProkuristInnen:  
Gernot Gassmann, MSc, StB  
Michaela Moosbrugger, Mag, WP StB  
Christine Sudy, Mag (FH), WP StB  
Andreas Unteregger, Mag, StB

Handelsgericht Graz  
Firmenbuch Nr. 37316 b  
UID-Nr. ATU44527008  
WT-Code 801034

Bankverbindungen  
Steiermärkische Sparkasse (BLZ 20815)  
IBAN AT17 2081 5000 4302 9321  
SWIFT/BIC STSPAT2GXXX  
UniCredit Bank Austria AG (BLZ 12000)  
IBAN AT47 1200 0766 1310 2800  
SWIFT/BIC BKAUATWWW

## **Inhaltsverzeichnis**

	<b>Seite</b>
<b>1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung</b>	<b>1</b>
<b>2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses</b>	<b>2</b>
<b>3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses</b>	<b>2</b>
3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	2
3.2. Erteilte Auskünfte	2
3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	2
<b>4. Bestätigungsvermerk</b>	<b>3</b>

## **Beilagenverzeichnis**

### **Anlagen**

Jahresabschluss zum 31.12.2021	I
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe	II

An die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der  
Kunsthaut Graz GmbH  
Graz

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 der

**Kunsthaut Graz GmbH,  
Graz,**

(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

## 1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Mit Gesellschafterbeschluss der Kunsthaut Graz GmbH, Graz, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 bestellt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine **kleine** Gesellschaft iSd § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **freiwillige Abschlussprüfung**.

Diese **Prüfung erstreckte sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im **Zeitraum** Februar bis März 2022 überwiegend in den Räumlichkeiten unserer Kanzlei durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. Clemens Corti alle Catene, Wirtschaftsprüfer, **verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe" (Anlage II) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch

gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

## **2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses**

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Geschäftsführung im Anhang des Jahresabschlusses.

## **3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses**

### **3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss**

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

### **3.2. Erteilte Auskünfte**

Die gesetzlichen VertreterInnen erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen VertreterInnen unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

### **3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)**

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen VertreterInnen oder von ArbeitnehmerInnen gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

#### **4. Bestätigungsvermerk**

##### **Bericht zum Jahresabschluss**

##### **Prüfungsurteil**

Wir haben den Jahresabschluss der

**Kunsthhaus Graz GmbH,  
Graz,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2021 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

##### **Grundlage für das Prüfungsurteil**

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung bei der Abschlussprüfung ist analog zu § 275 Abs 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der Gesellschaft und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

##### **Verantwortlichkeiten der gesetzlichen VertreterInnen und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss**

Die gesetzlichen VertreterInnen sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen VertreterInnen verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen VertreterInnen dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen VertreterInnen beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

### **Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen VertreterInnen angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen VertreterInnen dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen VertreterInnen sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Aufsichtsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

PKF Corti & Partner GmbH  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater



Mag. Clemens Corti alle Catene  
Wirtschaftsprüfer

Graz, am 28. März 2022

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

# Anlagen

**JAHRESABSCHLUSS  
2021**

**Kunsthaus Graz GmbH**

Lendkai 1  
8020 Graz

<b>Aktiva</b>	31.12.2021	%	31.12.2020	%
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Software	42.784,71	0,2	9.006,67	0,1
II. Sachanlagen				
1. Bauten	15.802.672,92	79,2	16.223.088,28	82,9
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	814.762,44	4,1	508.211,45	2,6
3. Sammlungsankäufe	598.080,51	3,0	572.480,51	2,9
	<u>17.215.515,87</u>	86,3	<u>17.303.780,24</u>	88,4
	<b>17.258.300,58</b>	<b>86,5</b>	<b>17.312.786,91</b>	<b>88,4</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Vorräte				
1. Waren	9.513,59	0,1	1.503,86	0,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.989,89	0,2	12.289,67	0,1
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	244.075,80	1,2	630.294,87	3,2
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>244.075,80</i>	<i>1,2</i>	<i>630.294,87</i>	<i>3,2</i>
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	227.865,26	1,1	213.250,53	1,1
	<u>504.930,95</u>	2,5	<u>855.835,07</u>	4,4
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.084.059,65	10,5	1.396.310,81	7,1
	<b>2.598.504,19</b>	<b>13,0</b>	<b>2.253.649,74</b>	<b>11,5</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>95.887,05</b>	<b>0,5</b>	<b>14.124,27</b>	<b>0,1</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b><u>19.952.691,82</u></b>	<b>100,0</b>	<b><u>19.580.560,92</u></b>	<b>100,0</b>

<b>Passiva</b>	31.12.2021	%	31.12.2020	%
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. eingefordertes Stammkapital	40.000,00	0,2	40.000,00	0,2
<i>übernommenes Stammkapital</i>	40.000,00	0,2	40.000,00	0,2
<i>einbezahltes Stammkapital</i>	40.000,00	0,2	40.000,00	0,2
II. Bilanzgewinn	0,00	0,0	0,00	0,0
<i>davon Verlustvortrag</i>	0,00	0,0	-299.176,53	-1,5
III. Nicht gebundene Kapitalrücklagen				
1. Sonstige	14.099.596,90	70,7	13.931.749,07	71,2
2. Investitionsrücklage Kunsthaus	233.872,93	1,2	186.159,05	1,0
	<b>14.333.469,83</b>	<b>71,8</b>	<b>14.117.908,12</b>	<b>72,1</b>
	<b>14.373.469,83</b>	<b>72,0</b>	<b>14.157.908,12</b>	<b>72,3</b>
<b>B. Investitionszuschüsse</b>				
I. Verwendete Investitionszuschüsse				
1. Immaterielles Vermögen	42.784,71	7,6	9.006,67	1,3
2. Sachanlagen	2.016.431,28	358,2	1.751.228,57	248,8
	<b>2.059.215,99</b>	<b>10,3</b>	<b>1.760.235,24</b>	<b>9,0</b>
<b>C. Rückstellungen</b>				
1. sonstige Rückstellungen	<b>67.425,69</b>	<b>0,3</b>	<b>70.095,81</b>	<b>0,4</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	333.317,85	1,7	128.580,15	0,7
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	333.317,85	1,7	128.580,15	0,7
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	507.143,67	2,5	340.635,02	1,7
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	507.143,67	2,5	340.635,02	1,7
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	507.143,67	2,5	340.635,02	1,7
3. sonstige Verbindlichkeiten	104.174,22	0,5	543.506,41	2,8
<i>davon aus Steuern</i>	4.276,88	0,0	5.511,81	0,0
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	8.249,84	0,0	9.648,04	0,1
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	104.174,22	0,5	543.506,41	2,8
	<b>944.635,74</b>	<b>4,7</b>	<b>1.012.721,58</b>	<b>5,2</b>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr</i>	944.635,74	4,7	1.012.721,58	5,2

---

<b>Passiva</b>	31.12.2021	%	31.12.2020	%
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>2.507.944,57</u>	12,6	<u>2.579.600,17</u>	13,2
<b>Summe Passiva</b>	<u>19.952.691,82</u>	100,0	<u>19.580.560,92</u>	100,0

	2021	%	2020	%
<b>1. Umsatzerlöse</b>				
Eintrittskartenerlöse	186.776,49	33,2	120.849,13	17,2
Shop- und Katalogerlöse	24.653,13	4,4	4.711,07	0,7
Veranstaltungserlöse	25.495,55	4,5	27.791,36	4,0
Miet- und Pächterlöse	201.918,98	35,9	433.726,57	61,6
Sponsoringenerlöse	79.536,23	14,1	49.547,62	7,0
Spendenerlöse	3.000,00	0,5	4.085,92	0,6
Sonstige Umsatzerlöse	41.591,40	7,4	63.110,26	9,0
	<b>562.971,78</b>	<b>100,0</b>	<b>703.821,93</b>	<b>100,0</b>
<b>2. sonstige betriebliche Erträge</b>				
a) Zuschüsse zu Projekten	730.012,57	129,7	155.729,93	22,1
b) übrige	2.260,02	0,4	1.547.974,41	219,9
	<b>732.272,59</b>	<b>130,1</b>	<b>1.703.704,34</b>	<b>242,1</b>
<b>3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen</b>				
a) Wareneinsatz	-5.528,11	-1,0	2.672,51	0,4
b) Materialaufwand	192.248,01	34,2	162.665,34	23,1
Skontoerträge	-5.068,50	-0,9	-1.989,04	-0,3
	187.179,51	33,3	160.676,30	22,8
c) Leihgebühren	21.428,89	3,8	7.991,72	1,1
d) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.940.946,59	522,4	1.615.890,34	229,6
	<b>3.144.026,88</b>	<b>558,5</b>	<b>1.787.230,87</b>	<b>253,9</b>
<b>4. Personalaufwand</b>				
a) Löhne und Gehälter	297.527,28	52,9	874.226,89	124,2
b) soziale Aufwendungen	90.409,93	16,1	240.902,63	34,2
c) Personalvergütungen	-2.890,08	-0,5	-158.651,66	-22,5
	<b>385.047,13</b>	<b>68,4</b>	<b>956.477,86</b>	<b>135,9</b>
<b>5. Abschreibungen</b>				
a) auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	598.829,30	106,4	5.039.970,28	716,1
b) Erträge aus dem Verbrauch von Investitionszuschüssen	-245.362,22	-43,6	-207.368,87	-29,5
	<b>353.467,08</b>	<b>62,8</b>	<b>4.832.601,41</b>	<b>686,6</b>
<b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen	8.537,58	1,5	4.821,48	0,7
Betriebskosten	458.624,24	81,5	270.567,06	38,4
Instandhaltung und Wartungen	331.840,59	58,9	412.525,51	58,6
KFZ-Aufwand	7.670,68	1,4	12.646,36	1,8
Porto und Telekommunikation	79.878,08	14,2	67.760,90	9,6
Miete, Pacht, Leasing	153.494,31	27,3	211.510,64	30,1

	2021	%	2020	%
Patent- und Lizenzgebühren	15.137,51	2,7	3.554,35	0,5
Büro- und sonstiger Verwaltungsaufwand	110.091,37	19,6	70.597,86	10,0
Aufwand für Versicherungen	71.680,89	12,7	33.798,44	4,8
Transport-, Reise- und Fahrtaufwand	106.600,48	18,9	146.133,32	20,8
Rechts- und Beratungsaufwand, Aufwand für Buchführung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung	41.021,76	7,3	59.551,52	8,5
Bewachung	69.736,29	12,4	67.019,97	9,5
Aufwand für Aus- und Weiterbildung	1.342,45	0,2	3.475,79	0,5
Gebühren und Beiträge	8.528,31	1,5	7.941,28	1,1
Marketingaufwand	172.075,42	30,6	193.858,22	27,5
Sonstiger Werbeaufwand	40.636,28	7,2	10.188,48	1,5
Buchwert abgegangener Anlagen	0,00	0,0	0,00	0,0
Schadensfälle	-3.641,99	-0,7	1.934,43	0,3
Diverse betriebliche Aufwendungen	15.697,74	2,8	12.837,70	1,8
	<b>1.688.951,99</b>	<b>300,0</b>	<b>1.590.723,31</b>	<b>226,0</b>
<b>7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)</b>	<b>-4.276.248,71</b>	<b>-759,6</b>	<b>-6.759.507,18</b>	<b>-960,4</b>
<b>8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>26,06</b>	<b>0,0</b>	<b>0,60</b>	<b>0,0</b>
<b>9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>27,58</b>	<b>0,0</b>	<b>87,49</b>	<b>0,0</b>
<b>10. Zwischensumme aus Z 8 bis 9 (Finanzergebnis)</b>	<b>-1,52</b>	<b>0,0</b>	<b>-86,89</b>	<b>-0,0</b>
<b>11. Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-4.276.250,23</b>	<b>-759,6</b>	<b>-6.759.594,07</b>	<b>-960,4</b>
<b>12. Steuern vom Einkommen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>	<b>203.583,20</b>	<b>28,9</b>
<b>13. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-4.276.250,23</b>	<b>-759,6</b>	<b>-6.963.177,27</b>	<b>-989,3</b>
<b>14. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-4.276.250,23</b>	<b>-759,6</b>	<b>-6.963.177,27</b>	<b>-989,3</b>
<b>15. Auflösung von Kapitalrücklagen</b>				
a) Zuschüsse des Geschäftsjahres				
Gesellschafterzuschüsse Land Steiermark	2.750.000,00	488,5	2.676.666,67	380,3
Gesellschafterzuschüsse Stadt Graz	2.250.000,00	399,7	2.190.000,00	311,2
Dotierung Investitionszuschüsse	-808.188,06	-143,6	-384.298,57	-54,6
Änderung freie Kapitalrücklage	-167.847,83	-29,8	2.678.714,83	380,6
	4.023.964,11	714,8	7.161.082,93	>999,9
b) Auflösung Investitionsrücklage	252.286,12	44,8	101.270,87	14,4
	<b>4.276.250,23</b>	<b>759,6</b>	<b>7.262.353,80</b>	<b>&gt;999,9</b>
<b>16. Jahresgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>	<b>299.176,53</b>	<b>42,5</b>
<b>17. Verlustvortrag aus dem Vorjahr</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>	<b>-299.176,53</b>	<b>-42,5</b>
<b>18. Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>

## 1. Anhang

### 1. Angabe, wenn die einmal gewählte Form der Darstellung, insbesondere der Gliederung der Bilanz, nicht beibehalten wurde (§ 223 Abs. 1 UGB):

*trifft nicht zu*

- Begründung dafür:

*trifft nicht zu*

### 2. Angabe und Erläuterung, wenn Vorjahresbeträge nicht vergleichbar sind oder der Vorjahresbetrag angepasst wurde (§ 223 Abs. 2 UGB):

*trifft nicht zu*

### 3. Zugehörigkeit eines Postens der Bilanz auch zu (einem) anderen Posten, falls dies zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses erforderlich ist (§ 223 Abs. 5 UGB):

*trifft nicht zu*

### 4. Bei Ausweis eines "negativen Eigenkapitals": Erläuterung, ob eine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts vorliegt (§ 225 Abs. 1 UGB):

*trifft nicht zu*

### 5. Angabe von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (§ 237 Abs. 1 Z 1 UGB):

#### 5.1. Bewertungsgrundlagen für die verschiedenen Posten:

##### 5.1.1. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches in der für das Geschäftsjahr geltenden Fassung aufgestellt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm des § 222 UGB, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln.

Die einzelnen Posten wurden grundsätzlich nach den im folgenden bzw. im beigelegten offenzulegenden Firmenbuchanhang dargestellten Methoden bilanziert und bewertet, sofern die betreffenden Posten im bilanzierten Jahr überhaupt einzustellen waren. Wenn und insofern davon abgewichen wurde, ist dies entsprechend vermerkt.

##### 5.1.2. Ausweis der nach § 223 Abs. 6 zusammengefassten Posten

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung wurden einzelne Posten des vorgeschriebenen Gliederungsschemas zusammengefasst. Die Zusammenfassung betrifft nur die mit arabischen Zahlen versehenen und die mit Buchstaben gekennzeichneten Posten des Gliederungsschemas.

**5.1.3. Zuschreibungen**

Die Gründe für eine früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung sind zwischenzeitlich noch nicht weggefallen, daher wurde im Geschäftsjahr der niedrigere Wertansatz beibehalten.

**5.1.4. Anlagevermögen***Erworbene Immaterielle Vermögensgegenstände*

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterliegen, um lineare planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen vermindert.

Den planmäßigen Abschreibungen werden folgende, der jeweiligen voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde gelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren	
● EDV-Software	3	- 4
● Sonstige	4	- 10

*Sachanlagevermögen*

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige sowie außerplanmäßige Abschreibungen vermindert.

Zur Ermittlung der Abschreibungssätze wird (generell) die lineare Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern gewählt:

	Nutzungsdauer in Jahren	
● Gebäude	15	- 45
● Technische Anlagen und Maschinen	3	- 10
● Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	- 10
● Übrige Sachanlagen	3	- 10

*Herstellungskosten von selbst erstellten Anlagen*

Diese werden mit Einzelkosten zuzüglich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten bewertet.

**5.1.5. Umlaufvermögen**

Waren werden zu Anschaffungskosten bzw. unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen werden aufgrund des imparitätischen Realisationsprinzips mit dem Niederstwert angesetzt. Soweit erforderlich wird für einzelne nicht zuordenbare Risiken eine pauschale Einzelwertberichtigung gebildet.

#### **5.1.6. Rückstellungen**

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Rückstellungen ist keine Abzinsung erfolgt.

#### **5.1.7. Verbindlichkeiten**

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

#### **5.1.8. Rechnungsabgrenzungsposten**

Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

#### **5.1.9. Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Aufgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß § 231 Abs 2 UGB in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren.

Im übrigen wurde zur besseren Information eine weitaus tiefere Untergliederung der vorgeschriebenen Darstellung vorgenommen, sodass sich eine weitere verbale Darstellung erübrigt.

### **5.2. Angabe zur Übereinstimmung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit dem Konzept der Unternehmensfortführung:**

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

### **5.3. Wesentliche Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden:**

*trifft nicht zu*

### **5.4. Grundlagen für die Umrechnung von Posten, die auf fremde Währung lauten, in Euro:**

*trifft nicht zu*

### **6. Erläuterung des Zeitraums, über den der Geschäfts(Firmen)wert abgeschrieben wird (§ 203 Abs. 5 UGB):**

*trifft nicht zu*

### **7. Angabe, ob Zinsen für Fremdkapital im Sinne des § 203 Abs. 4 UGB aktiviert wurden:**

*trifft nicht zu*

**8. Angabe, ob Verwaltungs- und Vertriebskosten im Sinne des § 206 Abs. 3 UGB aktiviert wurden:***trifft nicht zu***9. Gesamtbetrag der Haftungsverhältnisse und sonstiger wesentlicher finanzieller Verpflichtungen, die nicht auf der Passivseite auszuweisen sind (§ 237 Abs 1 Z 2 UGB):***trifft nicht zu***10. Vorschüsse, Kredite und eingegangene Haftungsverhältnisse (§ 237 Abs. 1 Z 3 UGB) an bzw. für****a) Geschäftsführer/innen***trifft nicht zu***b) Aufsichtsratsmitglieder***trifft nicht zu***11. Betrag und Wesensart der einzelnen Ertrags- oder Aufwandsposten von außerordentlicher Größenordnung oder von außerordentlicher Bedeutung (§ 237 Abs. 1 Z 4 UGB):***trifft nicht zu***12. Jeweils zusammengefasst für alle Posten der Verbindlichkeiten (§ 237 Abs. 1 Z 4 UGB):**

- Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: 0,00
- Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, für die dingliche Sicherheiten bestellt sind: 0,00
- Art und Form dieser Sicherheiten:

**13. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahres (§ 237 Abs. 1 Z 6 UGB):**

durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer 5

**14. Name und Sitz des Mutterunternehmens der Gesellschaft, das den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt (§237 Abs. 1 Z 7 UGB):**

**15. Darstellung der Entwicklung der Posten des Anlagevermögens (Anlagenspiegel, § 226 Abs. 1 UGB):**  
(gegebenenfalls als Beilage anschließen)

	Anschaffungs-/Herstellungskosten		Abschreibungen kumuliert		Buchwert
	01.01.2021	Zugänge	01.01.2021	Abschreibungen	01.01.2021
	31.12.2021	Abgänge	31.12.2021	Zuschreibungen	31.12.2021
<b>Anlagevermögen</b>					
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Software	205.860,86	48.834,25	196.854,19	15.056,21	9.006,67
	254.695,11	0,00	211.910,40	0,00	42.784,71
<b>Sachanlagen</b>					
Bauten	41.306.981,98	0,00	25.083.893,70	420.415,36	16.223.088,28
	41.306.981,98	0,00	25.504.309,06	0,00	15.802.672,92
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.663.062,52	471.881,91	1.154.851,07	163.357,73	508.211,45
	2.132.971,24	1.973,19	1.318.208,80	0,00	814.762,44
Sammlungsankäufe	572.480,51	25.600,00	0,00	0,00	572.480,51
	598.080,51	0,00	0,00	0,00	598.080,51
	43.542.525,01	497.481,91	26.238.744,77	583.773,09	17.303.780,24
	44.038.033,73	1.973,19	26.822.517,86	0,00	17.215.515,87
Summe Anlagenspiegel	43.748.385,87	546.316,16	26.435.598,96	598.829,30	17.312.786,91
	44.292.728,84	1.973,19	27.034.428,26	0,00	17.258.300,58

Bei den Abgängen handelt es sich um nachträgliche Anschaffungskostenminderungen.

**16. Falls aktive latente Steuern gebildet werden: unverrechnete Be- und Entlastungen (§ 198 Abs. 9 UGB):**

*trifft nicht zu*

**17. Zusätzlich erforderliche Angaben zur Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens (§§ 222 Abs. 2 und 236 erster Satz UGB; zu den zur Darstellung des Eigenkapitals bei einer Personengesellschaft im Sinne des § 189 Abs. 1 Z 2 UGB notwendigen Angaben siehe Punkt 18):**

*trifft nicht zu*

**18. Zur Darstellung des Eigenkapitals erforderliche Informationen für Personengesellschaften im Sinne des § 189 Abs. 1 Z 2 UGB:**

- ob es einen reinen Arbeitsgesellschafter gibt und die damit verbundenen Vereinbarungen hinsichtlich der Teilnahme am Ergebnis sowie Abgeltung:

*trifft nicht zu*

- die Haftsumme der Kommanditisten, wenn sie nicht mit der bedungenen Einlage übereinstimmt:

*trifft nicht zu*

- ein im Posten V. der Gliederung ausgewiesener Verlust und dessen Aufteilung auf die einzelnen Gesellschafter:

*trifft nicht zu*

8020 Graz

Nach dem Abschlussstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse im Sinne des § 238 Abs 1 Z 11 UGB eingetreten.

Unterschrift der gesetzlichen Vertreter/innen in vertretungsbefugter Anzahl	
<b>Hofrat Dr. Wolfgang Muchitsch    Alexia Getzinger, MAS</b> Direktion Universalmuseum Joanneum	
.....	Graz, am 22.03.2022

- 1) Achtung:    a) Besteht nach § 268 UGB Prüfungspflicht, so ist auch der Bestätigungsvermerk offenzulegen.  
                  b) Reicht der Platz für die Angaben nicht aus, so ist eine Beilage anzuschließen.
- 2) Das Nichtanführen eines Punktes dieses Anhangs gilt als Erklärung, dass die entsprechenden Angaben für die Gesellschaft nicht zutreffen.
- 3) Der Jahresabschluss kann gemäß § 277 Abs. 6 UGB in Papierform eingereicht werden, wenn die Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag des einzureichenden Jahresabschlusses EUR 70.000 nicht übersteigen.

# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

## Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr. 140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

## I. TEIL

### 1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

### 2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

### 3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

### 4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissensklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

### 5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

### 6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

### 7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen und mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

#### 8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

#### 9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

#### 10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

#### 11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

#### 12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untlunlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

### 14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

## II. TEIL

### 15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,
2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder
3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,
2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit

eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

PKF Corti & Partner GmbH Wirtschaftsprüfer und Steuerberater ist ein Mitgliedsunternehmen des PKF International Limited-Netzwerks und in Österreich Mitglied eines Netzwerks von Wirtschaftsprüfern gemäß § 271b UGB. Das Netzwerk besteht aus rechtlich unabhängigen Mitgliedsunternehmen. PKF Corti & Partner GmbH Wirtschaftsprüfer und Steuerberater übernimmt keine Verantwortung oder Haftung für Handlungen oder Unterlassungen anderer Mitgliedsunternehmen oder Korrespondenzunternehmen.
--